

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 23. November 1881.

Nr. 546.

Deutschland.

Berlin, 22. November. Saint Genes, der bekannte Politiker des Pariser „Figaro“, veröffentlicht ein offenes Sendschreiben „an Herrn Gambetta“, welches eine äußerst scharfe Kritik an dem neuen Ministerpräsidenten ausübt. Dasselbe dürfte auch in deutschen Leserkreisen genügendes Interesse erwecken, um in den Hauptstellen mitgeteilt zu werden.

„Herr Minister,“ beginnt der Brief, „nachdem Sie endlich die Gewalt in Händen haben, ist es an der Zeit, Ihnen unsere Meinung vollständig zu sagen. Es giebt zwei Methoden im Journalismus: die eine besteht darin, seinen Gegnern Schmähungen an den Kopf zu werfen und sie aus Prinzip anzugreifen; die andere, sie kaltblütig vom Standpunkte des nationalen Interesses zu beurtheilen. Vielleicht wissen Sie, daß die erstere Methode niemals die meinte war. . . . Welches ist in Wahrheit Ihre Lage? Erfreuen Sie sich des allgemeinen Vertrauens? Wie beurtheilt man Sie im Lande und in der Armee? Während langer Zeit, Herr Minister, ich erkenne das an, haben Sie eine sehr hohe Stellung inne gehabt. Während langer Zeit hat man geglaubt, daß Sie wüßten, was Sie wollten, und daß Sie nicht allein in Hinsicht auf die Form der Regierung eine bestimmte Anschauung hätten, sondern auch bezüglich aller großen nationalen Fragen ein genau festgestelltes Programm.“ Das Schreiben bespricht nun die Rolle, welche Gambetta dem Marschall Mac Mahon gegenüber gespielt hat und fährt dann fort: „An dem Tage (an welchem Mac Mahon die Präsidentschaft niederlegte) fanden Ihnen zwei Wege offen: entweder ohne Weiteres sich der Gewalt zu bemächtigen oder sich auf dem Präsidentenstuhl der Deputirtenkammer festzusetzen. Was haben Sie statt dessen gethan? Sie haben sich nicht allein unnützlich in die Politik gemischt, sondern Sie haben auch Ihren Einfluß geltend gemacht, um die unpopulärsten, die antipathischsten, die verhassten Männer an die Regierung zu bringen. Und das nicht bloß; Sie haben auch den Schein auf sich geladen, daß Sie unfähig seien, diesen Männern irgend eine politische Richtung vorzuschreiben. . . .

Man läßt Ihnen gegenwärtig die traurige Gerechtigkeit widerfahren, daß Niemand sich stärker als Sie der Amnestie der Kommards, der Verfolgung der Orden und allem Andern, was damals geschah, widersetzt hat. Das können Sie nicht in Abrede stellen, denn Sie haben es nur zu oft Ihrer Umgebung gegenüber eingeräumt. Alle diese Dinge hat man Ihnen rückwärts abgerungen, oder vielmehr Sie haben die Miene angenommen, dieselben zu wollen, wenn Sie gesehen haben, daß Ihre Partei im Begriffe stand, Sie von Ihnen zu fordern, oder daß ein Anderer bereit war, sie an Ihrer Stelle zu bewilligen. . . . So haben Sie die partielle Amnestie zugestanden, während die Radikalen die ganze forderten; so haben Sie die Vertreibung der Jesuiten gewährt, während Ihre Freunde die Vertreibung der Orden begehrten, und die Vertreibung der Orden, als sie die Trennung des Staates von der Kirche verlangten. Ihre Freunde nennen das die Ihnen eigenthümliche Geschicklichkeit des Genuesers. Aber, Herr Minister, wenn eine Art des Vorgehens Allen bekannt ist, kann sie dann noch Jemanden täuschen? Und dann ist es wirklich so geschickt, immer das Gegentheil von dem zu thun, was man will? Oder besteht die Geschicklichkeit nicht vielmehr darin, daß man die Andern dazu bringt, das Gegentheil von dem zu thun, was sie wollen? . . . Herr Thiers gab den Radikalen Stellen, er gab ihnen Geld und drückte ihnen die Hand. Aber niemals gab er ihnen auf dem Gebiete der Thatfachen nach. Während Sie dagegen unbewußt erscheinen in Bezug auf die Menschen, kommen Sie regelmäßig dazu, hinsichtlich der Thatfachen den Platz zu räumen. Sie schreien, Sie lärmen, Sie nennen Ihre Wähler „betrunkenen Sklaven“, aber schließlich ist Niemand mehr der Sklave, als Sie selber.

Das ist Ihr Anglied, Sie stoßen kein Vertrauen mehr ein. Man glaubt nicht mehr an Sie, nicht deshalb, weil man Sie für einen Schurken hält, das würde weiter nichts schaden — sondern weil man findet, daß Ihre Schurkereien zu nichts führen. Man vermuthet, daß Sie, wie die Ereignisse es gerade mit sich bringen, von einem

Tage zum andern sich durchschlagen, ohne zu wissen, wohin der Weg geht; Sie gewähren einen Theil von dem, was gefordert wird, in der Hoffnung, den Rest verweigern zu können; Sie tasten im Nebel herum, Sie sprechen Kreuz und Quer; Sie erwecken Furcht vor dem Kriege und versprechen den Frieden; Sie vertheidigen den Senat und verlangen die Revision; Sie kündigen das große Ministerium an und nehmen kleine Minister; Sie provoziren Deutschland und schmeicheln dem Fürsten Bismarck. . . . Ihre Streiche kennt man längst, man glaubt kein Wort von dem, was Sie sagen, und dabei hat man die sichere Überzeugung, daß Sie trotz Ihres autoritativen Auftretens des Abends niemals wissen, was Sie am folgenden Tage thun sollen. Das ist die allgemeine Meinung, die Meinung der in den Staatsgeschäften bewanderten Männer, der Finanzleute, der Industriellen, der Arbeiter.

Bei den Offizieren sind Sie aber noch gründlicher durchgefallen. Einst, das räume ich ein, umgab Sie ein gewisser Nimbus. Ihre Rolle während des Krieges, Ihre konstante Fürsorge für die Elsäßer während des Friedens, gewisse Worte, die Sie zu Gambetta sagten, hatten den Glauben erweckt, daß der Patriotismus bei Ihnen ein wahres Gefühl, nicht ein Mittel zum Zweck sei. Man sagte, daß, wenn Sie zu politischen und religiösen Exzessen fähig seien, es doch ein Gebiet gäbe, wo man sicher sein dürfte, Sie zu finden, nämlich das Gebiet der nationalen Größe, das der Armee. Deshalb sagte man auch, als Sie Herrn Farrer zum Kriegsminister machten, statt Sie sofort zu verurtheilen: Warten wir ab. . . . Und mit einem blinden Vertrauen, mit einer Naivität, über welche Sie gelacht haben werden, beobachtete man täglich den Horizont, indem man fest davon überzeugt war, daß, als Sie die Leitung der Armee in die Hand nahmen, Sie auch große Pläne bezüglich derselben hegten. Nun brach der Krieg mit Tunis aus; da hat man denn gesehen, wohin uns die Unfähigkeit Ihres Schüplings geführt hatte. Da sah man jenes Durcheinander, jene Beförderung, jene Kadres ohne Soldaten, jene Regimenter ohne Ordres, jene Unordnung sonder Gleichen. Da stieg die Unzufriedenheit von Tag zu Tag, und allmählich waren Alle, sowohl auf der Linken, wie auf der Rechten, einig darin, den Kriegsminister in stets stärkerem Maße zu verurtheilen. Da hat man jenem unerhörten Schauspiel beigewohnt, daß eine ganze Armee, desorganisiert, entmuthigt, gedemüthigt, verhöhnt, ihren Chef offiziell beschimpfte, weil man diesen Chef von da ab als außerhalb des Gesetzes stehend betrachtete. Und als man nun gewahren mußte, daß Sie trotzdem diesen Menschen stützten, und daß Sie allein ihn stützten, weil er wie ein Laia Ihre persönlichen Geschäfte besorgte, da ist unaussprechlich bei allen Ihren Getreuen die gründlichste Enttäuschung zum Durchbruch gekommen, und bald hat sich die Meinung verbreitet, Ihre Patriotismus sei nur Mittel zum Zweck. . . .

Glaube ich aber deshalb, daß Ihr Sturz nahe bevorstehe? Keineswegs! Wenn Ihre Gegner nur einen Schimmer von positivem Verstand hätten, so wären Sie ununterdrücklich verloren. Das, was Sie retten wird, ist ohne Zweifel der Umstand, daß die Konservativen, statt sich ruhig zu verhalten, ganz genau alle die Dinge thun werden, welche die öffentliche Meinung von Ihnen abwendet und Ihre Gewalt verhäßt. . . .

Ich habe Sie niemals verurtheilt, Herr Minister, ich habe niemals von der Alesche Morgan gesprochen, noch von schmutzigen finanziellen Unternehmungen: ich habe Sie sogar bei jeder Gelegenheit vertheidigt. Aber es ist abschließend, nachdem Sie das Kaiserreich so vielfach beschimpft haben, daß Sie schlechter handelten, als das Kaiserreich es jemals that. Es ist abschließend, nachdem Sie Herrn v. Bismarck in Ihren Reden so oft provoziert haben, daß Sie Frankreich ganz und gar Herrn v. Bismarck preisgaben.

Das Urtheil des Herrn de Saint-Genes ist hart, ohne Zweifel; daß es aber ungerecht sei, wird Niemand behaupten wollen. Höchstens könnte man bezüglich des letzten Passus verschiedener Meinung sein. Fast man denselben jedoch in dem Sinne auf, daß Herr Gambetta und sein Kriegsminister Farrer Frankreich in Tunis bereit engagiert haben, daß dessen aktive Macht für die nächste Zukunft dort genug zu thun haben wird, um sich

nur zu behaupten, daß seiner Fehldung zugleich Italien in der schlimmsten Weise gegen Frankreich verstimmt hat, daß die Türkei darüber entrüstet ist, daß die Politik der drei europäischen Kaiserhöfe sich „in voller Uebereinstimmung“ befindet, so mag man einsehen, daß Fürst Bismarck auf die eventuelle Haltung Frankreichs mehr Einfluß auszuüben vermag, als selbst der „große“ Minister des Auswärtigen — Herr Leon Gambetta.

Die „N. Z.“ schreibt: Der dem Reichstage vorgelegte Etat für 1882/83 wird in finanzieller Beziehung zu erheblichen Verhandlungen kaum Anlaß geben; soweit es zu solchen kommt — so voraussichtlich bei der allgemeinen Erörterung in der ersten Lesung, bei der Position für den Volkswirthschafterath, beim auswärtigen Amt — werden die Diskussionen mehr politischer als finanzieller Art sein.

Zu der Folgerung, welche die Eröffnungsbotschaft aus dem Steigen einzelner Einnahmen zog, daß nämlich darin günstige Wirkungen der neuen Wirthschaftspolitik zum Ausdruck kämen, haben wir sofort bemerkt, wie diese Steigerung vielmehr lediglich die Folge der erhöhten, resp. neu eingeführten Zölle und Steuern sei. Insbesondere kommen hier 12 Millionen Mark Ertrag der neuen Stempelsteuern (auf Börsengeschäfte und Lotterieloose) in Betracht, ohne welche thatsächlich trotz der Bewilligungen von 1879 die Matrikularbeiträge hätten erhöht werden müssen; nur durch diese neue Einnahme wird es ermöglicht, daß die Herauszahlung an die Einzelstaaten 4 1/2 Millionen Mark mehr beträgt als die rechnungsmäßig vorhandene Erhöhung der Matrikularbeiträge. Eine erhebliche Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse könnte in einer wesentlichen Erhöhung der Zollerträge gegen das Vorjahr zum Ausdruck kommen; der Etat aber nimmt eine Verminderung derselben um 1,700,000 Mk. in Aussicht. Wenn ferner bei der Rübenzuckersteuer 2,100,000 Mark weniger veranschlagt sind, so scheint dies auf dem bekannten Umfange zu beruhen, daß die Ausfuhrvergütung höher ist als die gezahlte Steuer — eine neue Maßnahme zur Revision der Zuckergesetzgebung. Auch die Einnahmen der Post und Telegraphie, bei welchen die angeblichen günstigen Wirkungen der neuen Wirthschaftspolitik sich zeigen könnten, weisen nur eine geringfügige Erhöhung auf.

Bei alledem ist aber durchaus nicht zu leugnen, daß die in dem Etat zum Ausdruck kommende Finanzlage eine befriedigende ist; nach der Einführung so außerordentlicher Zoll- und Steuererhöhungen, wie die von 1879, könnte es auch gar nicht anders sein. Den Matrikularbeiträgen von 116 Millionen Mark steht eine Herauszahlung von 83,400,000 Mark aus den Bundesstaaten gegenüber, bis auf 32 bis 33 Millionen Mark sind die Matrikularbeiträge also thatsächlich beseitigt. Da erst für den Etat pro 1883—84 der volle Ertrag der Zölle zur Erhöhung in Anspruch kommen wird (die Steigerung tritt bekanntlich stufenweise ein) und da die Zollerhöhungen von 1879 steigende Erträge ergeben dürften, sobald wirklich eine wesentliche Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse erfolgt, so sind wir dem ursprünglichen Ziele der Steuerreform im Reich, der Beseitigung der Matrikularbeiträge thatsächlich — wenngleich vermöge der Frankenstein'schen Klausel nicht formell — ziemlich nahe. Um so weniger kann die Ankündigung neuer Steuerprojekte und sogar des Tabaksmonopols in der Eröffnungsbotschaft auf Willigung in der Bevölkerung rechnen. Das Reich bedarf keiner neuen Einnahmen; die sozialpolitischen Pläne, zu denen Geld beansprucht wird, sind vorderhand eben Pläne; und die Idee, im Reich neue Steuern aufzuerlegen, um mit dem Ertrage in den Einzelstaaten Steuerherabsetzungen zu bewirken, ist vermöge der damit gemachten Erfahrungen gründlich in Mißkredit gerathen.

Die Anzeichen, daß die römische Kurie ihre Bestrebungen zur Wiedererlangung ihrer weltlichen Macht ernstlich wieder aufgenommen hat, verdienen sich in solcher Weise, daß an einem planmäßigen Vorgehen in dieser Richtung kaum mehr gezweifelt werden kann. Der Ausgangspunkt war bekanntlich der nächtliche Straßensandal in Rom bei der Ueberführung der Leiche des neunten Pius. Die Art, wie dieser Skandal ausgebeutet wurde, bestätigte die erste Vermuthung, daß man

den Skandal ausdrücklich provoziren wollte, um daran die Beschwerden und Forderungen anzuknüpfen. Wenn jetzt, wie verlautet, an die deutsche Regierung die Forderung von Seiten des Vatikans gestellt wird, bei der Wiederherstellung der weltlichen Papstheerrschaft mitzuwirken und an diese Bedingung die Herstellung des kirchlichen Friedens oder gar die Unterstüßung der Regierungsmassregeln geknüpft wird, so scheint uns das allerdings nur die logische Konsequenz der von Deutschland begonnenen Politik, welche die Fragen der inneren Politik als Gegenstand diplomatischer Abmachungen mit einem auswärtigen geistlichen Oberhaupte behandelt. Rom handelt vollständig folgerichtig und sucht den Moment in jeder Richtung auszunutzen. Wie die Regierung des deutschen Reichs sich diesen römischen Ansprüchen gegenüber verhält, darüber lauten die Mittheilungen ungemein verschieden; auch hier trifft die Charakteristik ein, die ein hervorragender Staatsmann jüngst von dem Aufgaben der deutschen völkischen Pöffe gab: „er vergißt nie mit dem Saft, mit dem der Dintenfisch das Wasser verdunkelt, wenn er seine Bewegungen zum Angriff oder zur Vertheidigung macht.“ Und in verschiedenen Lesarten, die aber die Stellung der Reichsregierung verlauten, gehen wir zunächst mit gleicher Skepsis vorüber; wir lassen es auf sich beruhen, wenn verichert wird, daß Reichskämmler habe erklärt, die römischen Ansprüche gingen gegen seine Ehre und nehmen es auch nicht wahrlich, wenn am Reformationstest ein Regierungsorgan die Ultramontanen einlädt, um für ihre Kirche in einem kritischen Moment außerordentliche Vortheile einzuernten. Die Stelle, wo eine solche Frage zum Ausdruck gebracht werden kann, scheint uns nur der deutsche Reichstag zu sein und wir warten ab, wie weit man dem deutschen Volke über diese Verhältnisse eine genügende Aufklärung zu geben für gut finden wird.

Das englische „Hofjournal“ meldet einer Mittheilung der „E. T. C.“ zufolge die Verlobung des Herzogs von Albany, jüngsten Sohnes der Königin Victoria, mit der Prinzessin Helena von Waldeck, Schwester der Prinzessin Wilhelm von Bismarck und der Königin der Niederlande.

Nachdem der Besuch Gambettas in Berlin von verschiedenen Seiten in so energischer Weise demontirt worden ist, wird uns von verschiedenen Centralpunkten der Weltpolitik eine neue Lesart, leichtfertig übermittelt, die wir wenigstens unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Danach hätte Gambetta an der russischen Grenze eine Zusammenkunft mit einem hervorragenden russischen Staatsmann gehabt, von einer Seite wird ganz bestimmt Graf Ignatjew genannt. „Die Passage so nahe an Berlin vorüber, so schreibt man uns, war durch die Zerstörung der Reise bedingt. Auch sollte sie wohl dazu dienen, deren eigentlichen Zweck zu maskiren. Die Voraussetzung, daß Gambetta bei Fürst Bismarck vorprach, wird durch die Umstände an und für sich sehr wenig unterstützt. Es lag aber vielleicht im Interesse des Ersteren, um der Wirkung in Wien willen sie anzulegen; wie denn ein derartiges Motiv auf russischer Seite bei der Danziger Zusammenkunft neben anderen bestimmend gewesen sein mag.“ Bei dem Mangel an allen weiteren Anhaltspunkten begnügen wir uns mit der Registrierung der Gerüchte über noch immer nach ihrer Bedeutung wenig aufgekärte Vorgänge.

Die spanische Deputirtenkammer genehmigte gestern den Gesetzentwurf betreffend den Bau einer Eisenbahn von Huesca nach Canfranc mit einer Subvention von 60,000 Pesetas per Kilometer. Die Kosten für den Bau des Tunnels durch die Pyrenäen werden auf 13 Mill. Pesetas geschätzt, wovon Frankreich und Spanien je die Hälfte bezahlen werden.

Der älteste Sohn des Reichskanzlers, Legationsrath Graf Herbert Bismarck, der in letzter Zeit dem persönlichen Dienste des Fürsten beigegeben war, ist der „N. Z.“ zufolge kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des zweiten Sekretärs an der deutschen Botschaft zu London betraut worden und hat sich gestern auf seinen Posten begeben.

Ausland.

Paris, 21. November. Nachdem Albot, Deputirter des linken Centrums, plötzlich jetzt darauf verzichtet hat, das Ministerium über seine allgemeine Politik zu interpelliren, aus Furcht, die

Rolle eines Compece zu spielen, scheint sich wirklich Niemand in der Kammer zu finden, der dem Ministerium den Gefallen einer Interpellation leistet. Man glaubt, daß Gambetta nun aus eigener Initiative die erste Gelegenheit zur gewünschten Expiration seines Programms ergreifen werde.

Die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den englisch-französischen Handelsvertrag ist noch unbestimmt. Die Unterredungen zwischen Dille und Gambetta und Rouvier haben noch nicht zur Einigung über die streitigen Vorfragen geführt.

Provinzielles

Stettin, 23. November. Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Stadtv. ord. n. e. machte der Vorsitzende, Herr Dr. Wolff, die Mittheilung, daß von Herrn Piest ein Schreiben eingegangen sei, in welchem letzterer über einige Vorkommnisse in der Baudeputation Beschwerde führt und die Entscheidung der Versammlung erbittet. Der Vorsitzende der Baudeputation, Herr Stadtbaurath Krühl, habe dieselbe an einem Tage zur Beschäftigung der neuen Realschule eingeladen, schon am nächsten Tage nach dieser Beschäftigung sei Herr Piest, als Mitglied der genannten Kommission, bereits ein Abnahme-Protokoll zur Unterschrift vorgelegt worden, er habe jedoch die Unterschrift abgelehnt, weil er die Baudeputation zur Abnahme eines Neubaus nicht für kompetent halte. Er beantragt daher, eine Kommission zu ernennen, welche den Bau der neuen Realschule prüft und so wie die übrigen Kommissionen, der Versammlung darüber Bericht zu erstatten. Dieser Antrag gelangt nicht zur Berathung, da in nächster Zeit die bereits früher gewählte Kommission für Baurevisionen ihre Thätigkeit beginnen wird und sich als solche auch mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen hat.

Ferner ist ein anonymes Schreiben eingegangen, in welchem auf den Zustand der Gustav-Adolf-Straße hingewiesen wird. Dasselbe wird dem Magistrat zur Prüfung überwiesen, ob sachlich Wichtiges darin enthalten sei.

Demnächst wird in die Tagesordnung eingetretten und zum Sitzemann für den 4. (Berlinerthor) Bezirk Herr Postamentier Ritz, für den 15. (Neustadt I.) Bezirk Herr Kaufmann Friedemann und für den 17. (Neustadt II.) Bezirk Herr Rentier Emil Dreijahr, zum Mitgliede der 10. Schul-Kommission Herr Apotheker Jonas und zu Stadtverordneten-Mitgliedern der neu zu bildenden Deputation des Schwenn-Stifts die Herren Domke und Wendlandt gewählt.

Von der Mittheilung der Nachweisung von den im letzten Quartal nachbewilligten Beträgen wird Kenntniß genommen und auf das Vorkaufsrecht über das Terrain der früheren Repler'schen Ofenfabrik verzichtet.

Die Regierung resp. die Polizei-Direktion hat die Anstellung eines Polizei-Ärztztes zur Vornahme der Revisionen auf dem Fleischmarkt z. beantragt und hat sich Herr Medizinal-Meffor Steffen bereit erklärt, gegen eine jährliche Remuneration von 1500 Mk. diesen Posten zu übernehmen. Da jedoch in den letzten Tagen von Herrn Ober-Rath a. D. Wolter ein Schreiben eingegangen ist, in welchem sich derselbe erbietet, den Posten gegen nur 1000 Mk. jährliche Remuneration zu übernehmen, faßt die Versammlung in dieser Sache noch keinen Beschluß, sondern beschließt, die Vorlage nochmals an den Magistrat zurückzugeben, damit dieser mit Herrn Wolter und etwaigen weiteren Bewerbern in Verbindung trete.

Es hat sich herausgestellt, daß während der Tagesstunden verhältnißmäßig sehr wenig Gas aus der Gasanstalt entnommen wird und glaubt die Gasanstalts-Direktion den Grund dafür darin zu finden, daß der Gaspreis von 17½ Pfg. pro Kubikmeter, wie er jetzt zum Betriebe von Gas-Kraftmaschinen und Kochapparaten verbraucht wird, zu hoch sei und viele von der Anlage derartiger Apparate abhält. Bis jetzt sind erst hieselbst 17 Gasmotoren im Betrieb, welche einen jährlichen Betrag von 2541 Mk. abwerfen. Die Gasanstalts-Direktion hofft, daß nach Herabsetzung des Gaspreises zum Betriebe derartiger Maschinen bald mehr Anlagen hergestellt und der Ausfall bald gedeckt würde. Eine Erweiterung der Gasanstalt sei dadurch nicht bedingt. Der Magistrat schlägt in Folge dessen vor, den Gaspreis zum Betriebe von Gas-Kraftmaschinen und Kochapparaten von 17½ Pfg. auf 14 Pfg. pro Kubikmeter zu ermäßigen und beschließt die Versammlung demgemäß.

Auf eine Anfrage des Herrn Piest, von welchem Zeitpunkt an diese Ermäßigung erfolgen solle, erwidert Herr Stadtrath Voß, daß der Magistrat dies so bald als möglich wünsche und daß die neuen Vorbereitungen wohl so schnell beendet wären, daß vom 1. Januar ab die Ermäßigung erfolgen könne. Ferner beantragt der Magistrat, die Miete für die Gaszähler je nach der Größe derselben herabzusetzen; bisher betrug dieser Mietzins 16½ Prozent der Herstellungskosten, nach dem Vorschlag des Magistrats soll jetzt die Miete auf 13 Prozent der Herstellungskosten ermäßigt werden. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden.

Von Herrn Granholm, dem Besitzer des Grundstücks Altdammerstr. 40, ist ein Gesuch um Aufstellung eines Wasserflosses in der Altdammerstraße eingegangen. Derselbe glaubt, daß dies im allgemeinen Interesse liegen würde, im Besonderen motiviert er sein Gesuch damit, daß er sein Grundstück nicht an die Wasserleitung anschließen könne, da dasselbe keine Entwässerung habe. Da an der

Aufstellung eines Wasserflosses in jener Gegend kein allgemeines Interesse gefunden wird und bei dem nächsten Etot eine Entwässerungs-Vorlage für das Grundstück in Aussicht genommen ist, wird über das Gesuch zur Tagesordnung übergegangen.

Ein weiteres Gesuch mehrerer Bewohner von Fortpreußen betrifft die Legung eines Trottoirs von der Friedrichstraße nach Fortpreußen. Die Petenten haben sich mit diesem Gesuch bereits wiederholt an den Magistrat gewandt, sind aber stets abschlägig beschieden worden, da das Terrain, auf welchem das Trottoir angelegt werden soll dem Militärkloster und nicht der Stadt gehöre. Die Petenten weisen nun darauf hin, daß auch von der Friedrichstraße bis nach der Bellevuestraße Trottoirplatten auf militärischem Terrain gelegt seien, welche nach Eröffnung der Straßenbahn auf jener Strecke nicht mehr nötig seien und zu der Herstellung eines Trottoirs nach Fortpreußen verwandt werden können. Herr Schintke als Referent empfiehlt das Gesuch zur Berücksichtigung, da für jenen Stadtheil bisher sehr wenig geschehen und auch nur ca. 200 Mr. Trottoirplatten erforderlich seien, um den Wünschen der Petenten gerecht zu werden. Herr Hey befürwortet gleichfalls das Gesuch, da das betreffende Terrain gänzlich unpassierbar sei. Die Versammlung beschließt, das Gesuch dem Magistrat zur gest. Rückäußerung ev. zur Ueberreichung eines entsprechenden Antrags zu überweisen.

Die Ausweisung von 30 000 Mk. auf das Grundstück Bergstraße 13 und von 13 000 Mk. auf das Grundstück Heinrichstr. 8 wird genehmigt und 1370 Mk. zur Anbringung von schwebelichen Jalousien an 42 Fenstern des Stadtgymnasiums bewilligt.

Für das Schwenn-Stift ist, wenn es nach den Bestimmungen der Stifterin aufgeführt werden soll, nach dem Anschlag des Stadtbauraths Krühl ein Baugrund von 2244 Q.-Mtr. Minimalgröße erforderlich. Der Magistrat hatte zunächst mit Herrn Rademacher wegen eines an der Bellevuestraße gegenüber dem Etablissement Bellevue belegenen Terrains unterhandelt. Dessen Anerbieten schien dem Magistrat jedoch nicht günstig genug, um es dem Kuratorium der Schwenn-Stiftung zu empfehlen. Er hat sich in Folge dessen entschlossen, dem Kuratorium eine an der Scharnhorststraße hinter dem Sann-Stoll-Stift belegene, 2626 8 Q.-Mtr. große Parzelle vom Gute Petrihof zum Preise von 750 Mk. pro Q.-Mtr. als Baustelle anzubieten. Es ist dies städtisches Terrain und glaubt der Magistrat, daß es nicht angezeigt ist, zum Bau von Stiftungen fremdes Terrain zu kaufen, wenn die Stadt selbst im Besitz von passenden Parzellen ist.

Herr Dr. Schulz meint, daß an der Pommerendörfer Anlage das Terrain noch billiger und der Quadratmeter wohl schon für 3 Mark zu haben sei.

Herr Oberbürgermeister Haken erinnert daran, daß es dem Kuratorium ja immer überlassen bleibt, welche Vorschläge es annehmen will, es können also auch die Besitzer von billigerem Terrain an der Pommerendörfer Anlage dem Kuratorium Offerten machen.

Die Versammlung genehmigt schließlich den Verkauf des Terrains vom Gute Petrihof zu dem oben angeführten Preise.

Im diesjährigen Etat sind für Reinigung und Unterhaltung des Bassins der Wasserleitung 9000 Mark vorgesehen, diese Summe ist jedoch bereits jetzt fast gänzlich verausgabt, da durch den vorjährigen strengen Winter und viel trübes Wasser eine immerwährende Filterreinigung erforderlich war, welche bedeutend mehr Kosten verursacht hat, als vorausgesehen war. Der Magistrat beantragt daher für diese Position eine Nachbewilligung von 5000 Mk.

Herr Lenz wendet gegen die Bewilligung dieser Summe nichts ein, er hält jedoch die in diesem Jahre erfolgte Abtragung der Mauern an den Filtern für nicht erforderlich und beantragt, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, welche Motive ihn zu dieser Abtragung veranlaßt haben.

Herr Stadtrath Voß erwidert, daß schwerwiegende technische Gründe die Abtragung der Filtermauern um einige Fuß nötig gemacht hätten. Durch die hohen Mauern sei die Reinigung des Sandes ganz bedeutend vertheuert worden, auch sei die Heraushebung des Eises im Winter mit großen Schwierigkeiten verknüpft gewesen.

Herr Lenz hält die angeführten Gründe nicht für maßgebend und bleibt auch nach einer nochmaligen Entgegnung des Herrn Stadtrath Voß bei seinem Antrag, den er erst zurückzieht, nachdem Herr Oberbürgermeister Haken darauf aufmerksam gemacht, daß in nächster Zeit ein ausführlicher Bericht über die Wasserleitung vorgelegt werden wird und dann noch Gelegenheit sei, die Sache wiederum zur Sprache zu bringen.

Am 19. August hat der Arbeiter Friedrich Taucher einen Gasfandelaber zertrümmert und ist in Folge dessen zum Schadenersatz herangezogen worden. Er hat sich jetzt mit einem Gesuch an die Versammlung gewendet, worin er um Niederlegung oder Stundung dieser Schuld bittet. Dasselbe wird zur Erledigung dem Magistrat überwiesen.

Schließlich liegt noch ein Gesuch von 20 Gastwirthin und dem Vorstand des Gastwirth-Vereins vor, worin sich dieselben beschweren, daß verschiedenen Gastwirthin die Polizeistunde von 11 auf 10 Uhr verlegt sei, und die Versammlung ersuchen, Schritte zu thun, daß dies rückgängig gemacht würde. Nachdem Herr Braun als Referent erklärt, daß die Versammlung in dieser Sache nichts thun könne, da es reine Polizeisache sei,

wird über das Gesuch zur Tagesordnung übergegangen. Herr Graßmann benützt diese Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß in Betreff der Polizeistunde in unserer Stadt mit sehr verschiedenen Maße gemessen wird. Während einige Restaurationen ihre Lokale die ganze Nacht unbehindert geöffnet halten können, würden andere in ihrem Geschäftsbetrieb auf das Äußerste beschränkt, obwohl dieselben gleichfalls zu sehr hoher Steuer herangezogen würden.

Hiermit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt; es folgte noch eine längere nichtöffentliche Sitzung.

Stettin, 23. November. Wie die „Dise-Zeitung“ schreibt, hat jetzt die Postverwaltung vom Militär-Fiskus den Platz zwischen dem Postgebäude und der Bollwerkstraße erworben, um ihn zur Erweiterung des Postgebäudes zu verwenden. Diese Erweiterung hat sich in Folge der Verlegung der Telegraphen-Verwaltung in das Postgebäude, sowie der dortigen Errichtung der Telegraphen Hauptstation umsomehr als notwendig herausgestellt, als auch der Hofraum für den gesteigerten Verkehr zu beschränkt geworden ist. Damit wird dann auch der auf jenem Platze jetzt befindliche Holz- und Kohlenhof fortfallen. Die Uebernahme des Platzes Seitens der Postverwaltung erfolgt am 1. Mai.

Auf dem Behaus der Züchower Anlagen ist im Laufe dieses Sommers ein Thurm aufgeführt worden, dem jedoch das Glockengeläut fehlte. Ein Gesuch an den Kaiser wegen Ueberlassung von eroberten Geschützen zur Glockengießerei mußte, wie wir bereits früher mitgetheilt haben, unberücksichtigt bleiben, da die Geschütze bereits an andere Kirchen vergeben waren. In Folge dessen veranfaßte die Grundbesitzer von Züchow eine Sammlung, um sich aus eigenen Mitteln Glocken zu beschaffen. Durch reichliche Beisteuer der Einzelnen, sowie der Fabriken ist ihnen dies auch gelungen und die hiesige Glockengießerei wurde mit dem Guss von zwei Glocken beauftragt. Die Letzteren wurden vor einigen Tagen abgeliefert und am Sonntag fand in feierlicher Weise durch Herrn Prediger Hoffman die Weihe der Glocken statt. Die größte derselben trägt die Inschrift:

„Mein eh'rner Mund rief schon in's Land,
Ich eine Kirche noch erstand.
Zum Kirchbau mah'n' ich die Gemein,
Bis das sie wird erstanden sein.“

Die Inschrift der zweiten lautet:
„Erhebt die Herzen von der Erd'
Zu Gott, so oft ich reden werd'“

Eine recht empfindliche Strafe traf in der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts der Arbeiter Albert Karl Herm. Bruffow von hier wegen einer in angetrunkenem Zustande verübten That. Derselbe kam am 29. Oktober Abends zu später Stunde in das Vergnügung's-Restaurant Lokal am Paradeplatz und forderte ein Glas Bier. Da er im Arbeitsanfang erschienen war, wurde ihm der Aufenthalt verboten, er drang aber stets auf's Neue in das Lokal, widerte sich schließlich ein Tuch um die Hand und zerhieb drei Scheiben. Deshalb wegen Sachbeschädigung angeklagt, trifft ihn eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater:
„Duelle.“ Schauspiel. 3 Akte.

Bemischtes.

Ein Zeichen der Zeit, aber kein erfreuliches, sind die erschreckend zahlreichen Annoncen, in denen Kinder zum Verschleusen ausbezogen werden. Dagegenweise kann man derartige Offerten in einer und derselben Nummer manchen Blattes lesen. Das Unerhörteste aber ist wohl am Sonabend geleistet worden. Da bietet in der „Voss'schen Zeitung“ eine Wittve ihre vier Kinder mit einem Male aus und zwar „wegen Mangel an Raum“.

(Eine verrätherische Visitenkarte.) Der Reisende eines großen Magdeburger Geschäftshauses, der sich wochenlang in Frankfurt und Umgebung aufzuhalten hatte, schiedte vorgestern, hier angelangt, seinem Chef durch Eilboten eine kurze aber wichtige Mittheilung, die er rasch — wie er glaubte — auf seine Visitenkarte schrieb. Der Chef war einigermaßen verwundert, daß die betreffende Nachricht auf eine Karte geschrieben war, welche die Adresse einer Dame trug und auf welcher die Worte standen: „Lieber Theodor, sei morgen Abend in Deinem Hotel, ich komme um 7 Uhr zu Dir.“ Im Komtoir erregte diese Karte nicht geringe Heiterkeit, aber wenige Stunden später erfuhr von der Sache durch Einen aus dem Geschäft auch die Frau des Reisenden, die, schon längst an der Treue ihres Gatten zweifelnd, rasch entschlossen mit dem nächsten Zuge nach hier abreiste und gestern Abends nach ihrer Ankunft in Frankfurt sich sofort in das Hotel begab, in welchem ihr Mann, wie sie wusste, wohnte. Ihre Behauptung, daß sie die Frau des Reisenden sei, sei, begegnete zunächst einigen Zweifeln bei dem Wirth, welcher erwiderte, daß seines Wissens Herr K. allerdings bewohnt sei, aber heute Abend, wie immer bei seinem Abstieg im Hotel, seine Frau mitgebracht. Die Frau wies dem Wirth nach, daß sie die legitime Gattin sei; sie wurde daher auf ihr Verlangen in das Zimmer ihres Gatten geleitet und überraschte dort den sauberen Chemann in Gemeinschaft mit seiner hiesigen Geliebten. Die Folge war eine Scene von solcher Heftigkeit, daß die Polizei eintreten und Ruhe gebieten mußte. Die betrogene Frau reiste am andern Morgen

wieder ab und wird selbstverständlich Scheidung beantragen.

Folgende Herzensgeschichte ist nach der „N. B. Z.“ in einem Dorfe bei Hagen vorgekommen. Einem Bauer war eine der besten Milchkuhe plötzlich erkrankt. Statt sich an einen Thierarzt zu wenden, spannte er sogleich seine beiden Braunen an und fuhr zu einem als Wunderdoktor bekannten alten Schuhmacher des Nachbarorfes. Dieser betrachtete mit weiser Miene die kranke Kuh und schüttelte bedenklich das Haupt. Hierauf schnitt er drei Spähne aus der Stallthür, zog der Kuh ein Büschel Haar aus, schabte ihr vom linken Hinterhuf ein wenig Horn ab, befeuchtete das Ganze mit Kornbrannwein und sehte es, mit leiser Stimme und unter wunderbaren Sprüngen und Gesticulationen Zauberprüche mummelnd, in Flammen. Einen Theil der Asche streute der schusternde Zauberer, nachdem er dem Bauern versichert hatte, es sei nunmehr zweifellos, daß die Kuh bezaubert worden sei, nach den vier Hauptstimmrichtungen, einen andern Theil schüttelte er sorgfältig in ein leinwand Beutelchen und gab nun dem Bauer den Rath, dieses Beutelchen an der Stelle zu vergraben, wo die Kuh zuletzt geweidet habe. Dort möge er sich auf die Lauer legen; die dritte vorübergehende Person sei diejenige, welche die Kuh beherzt habe. Der Bauer wartete geduldig, obgleich an der einsamen Weide wenig Leute vorbeigingen. Als dritte erschien endlich die einzige Tochter des Dorfmeisters. Diese also mußte die Schuldige sein. Der Bauer sprang hinter der Hecke, hinter der er sich verborgen gehalten hatte, hervor und beschuldigte das Mädchen ohne Weiteres, seine Kuh beherzt zu haben, indem er sie unter Drohungen aufforderte, den Zauber sofort wieder zu lösen. Das geängstigte Mädchen eilte nach Hause und erzählte weinend den Eltern, was ihm begegnet war. Diese natürlich waren sehr erregt und äußerten die Absicht, den Bauer wegen Beleidigung zu verklagen. Diesem wurde nun etwas bange: er offerirte den Eltern des Mädchens eine nicht unbedeutende Geldentschädigung; diese jedoch haben bis jetzt die Annahme des Geldes verweigert, und falls sie sich nicht doch erweichen lassen, dürfte der „Hexenprozeß“ wohl demnächst zur Verhandlung gelangen.

Telegraphische Depeschen.

Karlruhe, 22. November. Der Landtag ist bis Mitte Januar vertagt worden.

Baden-Baden 22. November. Der Großherzog hatte eine gute Nacht, die Temperatur war Abends 36,7, Morgens 36,2, der Puls 64. Der Appetit steigert sich, das Allgemeinbefinden ist befriedigend.

München, 22. November. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer verlas der Minister des Innern eine Botschaft des Königs, durch welche die Session des Landtags bis zum 31. Januar 1882 verlängert wird. Bei der Verathung des Gesetzentwurfs betreffend die Fortdauer des Malzauflages wurde mit 89 gegen 52 Stimmen der Antrag des Ausschusses angenommen, nach welchem die Fortdauer nur auf 3 Monate genehmigt wird. Der Referent Ruppert hob dem Bedenken des Finanzministers gegenüber hervor, daß bei der Stellung der Majorität des Hauses dem Ministerium gegenüber alle sonstigen Gründe in den Hintergrund treten müßten.

Petersburg, 22. November. Das „Journal de St. Petersburg“ widmet anlässlich der Ernennung des Grafen Rasnitsyn zum Minister des auswärtigen demselben einen warmen Nachruf und spricht seine hohe Befriedigung darüber aus, einen Mann von so erprobten diplomatischen Eigenschaften an der Spitze des auswärtigen Ministeriums des Reichs Landes zu sehen, wo gerade jetzt zwischen den beiden Reichthümern mehrere Fragen gelöst werden müssen. Graf Rasnitsyn habe sich hier große Sympathien und Freunde erworben.

Petersburg, 22. November. (B. I.) Seitens des Hofministeriums erging der Befehl, daß bis zum 1. Mai sämtliche Vorbereitungen zur Krönung in Moskau beendet sein sollen.

Bukarest, 22. November. Das letzte Komitee der konservativen Partei hat sich in Folge des Rücktritts des Generals Florescu und Leacaru Catala, welche die einflussreichsten Mitglieder desselben waren, aufgelöst. Wie es heißt, würde sich das Komitee demnächst unter Führung des Fürsten Alexander Stikow rekonstituieren.

Konstantinopel, 21. November. Nachdem der griechische Gesandte Conduroitis wegen Schlechung der griechischen Postämter in der Türkei eine Note überreicht hatte, worin derselbe für Griechenland die Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen in Anspruch nahm, hat die Botschaft befohlen, die griechischen Postämter in Konstantinopel und Janina morgen unter militärischer Beihilfe zu schließen.

Der italienische Botschafter Corti wird demnächst dem Sultan den Großhorden des Annunciaten Dens überreichen.

In der Sitzung der Finanzkommission wurde dem Verlangen des türkischen Delegierten stattgegeben, wonach die Türkei berechtigt sein soll, im Falle einer Besserung der Finanzlage gewisse hypothetische Lizenzen abzuschaffen. Dies soll jedoch nur unter der Bedingung geschehen, daß die Majorität des Verwaltungsraths der Bondholder ihre Zustimmung dazu giebt, und daß ein effektives Äquivalent geboten wird, welches durch den Verwaltungsrath einzubehalten sein würde. Die Kommission nahm jedoch von dieser Konzeption die Verhören von Takal, Salz und Stempel aus. Der deutsche Delegierte verlangte Auskunft über die Modalitäten der Tabakregie. Server Pascha sagte dieselbe für die nächste Sitzung zu.